

# ÖFFENTLICHES RECHT UND EUROPARECHT AKTUELL.



AUSGABE 25 | 24.06.2022

Institut für Europarecht | Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre

Redaktionelle Leitung: Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler | Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer | Univ.-Prof. Dr. Markus Vašek

## I. BUNDESGESETZBLATT

### [BGBl II 229/2022](#)

Verordnung der Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie betreffend die Abwicklung des regionalen Klimabonus (**Klimabonus-Abwicklungsverordnung** – KliBAVO)

### [BGBl II 230/2022 \(Anlage H\)](#)

Verordnung der Finanzmarktaufsichtsbehörde (FMA), mit der die **Kreditinstitute-Immobilienfinanzierungsmaßnahmen-Verordnung** erlassen und die **Vermögens-, Erfolgs- und Risikoausweis-Verordnung** geändert wird

### [BGBl II 231/2022](#)

Verordnung der Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie, mit der die **EAG-Investitionszuschüsseverordnung-Strom** geändert wird

### [BGBl II 232/2022](#)

Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die **Österreichische Arzneitaxe** geändert wird (145. Änderung der Arzneitaxe)

### [BGBl II 234/2022 \(Anlage\)](#)

Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz über die **Einhebung von Geldstrafen mit Organstrafverfügung nach dem COVID-19-Maßnahmegesetz**

### [BGBl II 236/2022](#)

Verordnung der Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie, mit der die **Austro Control-Gebührenverordnung** geändert wird

## II. AMTSBLATT DER EU

[ABI L 163 v 17.06.2022, 84](#)

Leitlinie (EU) 2022/912 der Europäischen Zentralbank vom 24. Februar 2022 über ein transeuropäisches automatisiertes **Echtzeit-Brutto-Express-Zahlungsverkehrssystem** (TARGET) der neuen Generation und zur Aufhebung der Leitlinie 2013/47/EU (EZB/2012/27)

## III. VFGH, VWGH, VERWALTUNGSGERICHE

### A. VERFASSUNGSGERICHTSHOF

14.07.2022, [G 180/2020 ua](#)

**COVID-19-MaßnahmenG**; Zurückweisung von **Individualanträgen** von Gastgewerbetreibenden aus Tirol betreffend **Verordnungsermächtigungen** nach dem COVID-19-MaßnahmenG sowie betreffend diverse **verordnungsrechtliche Maßnahmen** zur Verhinderung der Ausbreitung von COVID-19 mangels unmittelbarer Betroffenheit bzw Darlegung der Betroffenheit und Zuordnung der Bedenken gegen die zur Gänze angefochtenen VO; im Übrigen Ablehnung der Behandlung der Anträge im Hinblick auf das Fehlen einer Regelung betreffend Entschädigung für den Verdienstentgang

18.03.2022, [E 139/2022](#)

**AsylG**; Verletzung im **Recht auf Leben** und im **Recht, nicht der Folter oder unmenschlicher oder erniedrigender Strafe oder Behandlung unterworfen zu werden** durch die Nichtzuerkennung des Status eines **subsidiär Schutzberechtigten** betreffend einen Staatsangehörigen von Afghanistan; extrem volatile Sicherheitslage auf Grund aktueller Länderinformationen des EASO vom Dezember 2021 weiterhin gegeben; mangelhafte Auseinandersetzung mit der Sicherheits- und Versorgungslage

18.03.2022, [E 948/2021](#)

**AsylG**; Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander** durch Nichtzuerkennung des Status eines **subsidiär Schutzberechtigten** betreffend einen Staatsangehörigen von Afghanistan; mangelnde Auseinandersetzung mit der Verfügbarkeit von Medikamenten für die Behandlung der Erkrankung sowie mit der Rückkehrsituation in die Region der innerstaatlichen Fluchtalternative

18.03.2022, [E 4409/2020](#)

**AsylG**; Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander** durch Nichtzuerkennung des Status eines **subsidiär Schutzberechtigten** betreffend einen Staatsangehörigen des Iraks; mangelhafte Auseinandersetzung mit der Sicherheitslage in der Herkunftsprovinz

18.03.2022, [E 2104/2020](#)

**AsylG**; Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander** durch Nichtzuerkennung des Status eines **subsidiär Schutzberechtigten** betreffend einen Staatsangehörigen von Afghanistan; keine ausreichende Auseinandersetzung mit aktuellen Länderberichten des EASO zu Personen, die lange Zeit außerhalb Afghanistans gelebt haben

21.06.2022, [UA 1-2/2022](#)

**B-VG**; **Verfahrensordnung für parlamentarische Untersuchungsausschüsse**; Abweisung eines Antrags von ÖVP-Mitgliedern des **U-Ausschusses**, welcher darauf abzielt, dass die Justizministerin für den Ausschuss Chats zwischen dem früheren Generalsekretär im Finanzministerium sowie im Antrag näher genannten Personen mit einem Naheverhältnis zur SPÖ oder FPÖ unverzüglich auszuwerten habe; Verpflichtung der Justizministerin zur unverzüglichen **Begründung**, warum sie den **Beweisanforderungen** nicht nachkommen kann

## B. VERWALTUNGSGERICHTSHOF

17.05.2022, [Ra 2020/06/0110](#)

**AVG**; für die **Bindungswirkung** einer rechtskräftigen Feststellung eines Rechts bzw Rechtsverhältnisses kommt es grds auf die Beurteilung des betreffenden Streitgegenstands als Hauptfrage im **Spruch der Entscheidung**, nicht jedoch auf eine Beurteilung in den Entscheidungsgründen an; daher war das LVwG an die Rechtskraft des Bescheids der belangten Behörde, womit spruchgemäß das Ansuchen der Rw um Erteilung der Baubewilligung für den Zu- und Umbau eines bestehenden Doppelwohnhauses in ein Einfamilienhaus mit Carport und Abstellraum bewilligt worden war, gebunden, ohne die Richtigkeit desselben noch einmal überprüfen zu dürfen; das LVwG verkannte in seinem Erkenntnis offenkundig, dass die Rechtskraft dieses Bescheids der neuerlichen Beurteilung des durch Bescheid bewilligten Bauvorhabens als nicht konsensfähigem Neubau entgegensteht

17.05.2022, [Ra 2020/06/0139](#)

**Verwaltungsrechtliches COVID-19-BegleitG**; § 3 Verwaltungsrechtliches COVID-19-BegleitG änderte nichts an den einfachgesetzlich verankerten allgemeinen Regelungen über die **Durchführung mündlicher Verhandlungen**; die genannte Gesetzesbestimmung trug iVm § 6 Abs 1 erster Satz leg cit dem in Art 6 EMRK verfassungsgesetzlich gewährleisteten Recht, welches regelmäßig die Durchführung einer mündlichen Verhandlung gebietet, grds Rechnung, indem es die Regelung ermöglichte, mündliche Verhandlungen durchzuführen, soweit dies zur Aufrechterhaltung einer geordneten Verwaltungsrechtspflege unbedingt erforderlich war; in diesem Fall konnte diese gem § 3 letzter Satz Verwaltungsrechtliches COVID-19-BegleitG auch in Abwesenheit aller anderen Beteiligten unter Verwendung geeigneter technischer Kommunikationsmittel durchgeführt werden

17.05.2022, [Ra 2021/19/0209](#)

**AsylG**; ein von Art 8 Abs 1 EMRK geschütztes Familienleben zwischen Eltern und Kind entsteht nach der st Rsp des EGMR mit dem Zeitpunkt der Geburt; diese besonders geschützte Verbindung kann in der Folge nur unter außergewöhnlichen Umständen als aufgelöst betrachtet werden; das **Auflösen einer Hausgemeinschaft** von Eltern und Kindern alleine führt jedenfalls nicht zur **Beendigung des Familienlebens** iSd Art 8 Abs 1 EMRK, solange nicht jegliche Bindung gelöst ist; nach den Feststellungen des BVwG liegt kein Fall vor, in dem die Aufrechterhaltung oder die Wiederaufnahme der familiären Beziehung gar nicht stattfindet, sondern bloß für die Erlangung eines Aufenthaltsrechts vorgeschoben wird und in dem damit auch keine Notwendigkeit (mehr) besteht, den Familienverband zu wahren

## C. VERWALTUNGSGERICHE

LVwG OÖ 16.05.2022, [LVwG-752607](#)

**COVID-19-ImpfpflichtG**; da im Entscheidungszeitpunkt die in § 1 Abs 1 COVID-19-ImpfpflichtG normierte Impfpflicht nicht gilt, ist der Bf keiner konkreten subjektiven Rechtsgefährdung ausgesetzt; folglich war der Antrag des Bf auf **Feststellung der Ausnahme von der Impfpflicht** als unzulässig zurückzuweisen

LVwG Nö 23.05.2022, [LVwG-S-388/001-2022](#)

**COVID-19-NotmaßnahmenVO**; nach der Rsp des OGH setzt ein „**gemeinsamer Haushalt**“ nach dem allgemeinen Sprachgebrauch eine auf längere Zeit berechnete Wohn- und Wirtschaftsgemeinschaft voraus; Voraussetzung für das Vorliegen eines gemeinsamen Haushalts ist somit das Zusammenleben in einer Wohn- und Wirtschaftsgemeinschaft; dabei ist auf die tatsächlichen Verhältnisse abzustellen; iSd 5. COVID-19-NotmaßnahmenVO wird für den Begriff „gemeinsamer Haushalt“ auf ein **regelmäßiges und dauerhaftes Zusammenleben** und den damit verbundenen Kontakt zu Personen, mit denen ein besonderes Naheverhältnis besteht, abgestellt; das Kriterium der Wirtschaftsgemeinschaft ist nicht ausschlaggebend

LVwG Nö 25.05.2022, [LVwG-AV-345/004-2018](#)

**EisenbahnG; Eisenbahn-KreuzungsVO**; Voraussetzung für eine Entscheidung iSd § 49 Abs 2 EisenbahnG iVm § 5 Abs 1 Eisenbahn-KreuzungsVO ist die Prüfung, welche **Sicherung für eine Eisenbahnkreuzung** nach dem heutigen Stand der Technik, wie er in den Regeln der leg cit zum Ausdruck kommt, erforderlich ist; entspricht die bestehende Anlage bereits den

Bestimmungen der leg cit, so ist weder die Festlegung einer Leistungsfrist noch ein Ausspruch nach § 102 Abs 1 und 3 leg cit erforderlich; entspricht die bestehende Anlage hingegen nicht den Bestimmungen, so ist von der Behörde zu entscheiden, ob das Eisenbahnunternehmen innerhalb einer festzulegenden Frist **andere Sicherungsanlagen** zu errichten hat bzw ob die bestehende Anlage nach Maßgabe des § 102 Abs 3 leg cit für die technische Restnutzungsdauer bestehen bleiben darf

**LVwG Tir 31.05.2022, [LVwG-2022/12/0300-13](#)**

**SicherheitspolizeiG**; die Gefahrenprognose iSd § 38a Abs 1 SicherheitspolizeiG setzt keinen gefährlichen Angriff voraus und auch in der Vergangenheit liegende Gewaltakte können als „**bestimmte Tatsachen**“ iSd leg cit in Frage kommen; wenn dem einschreitenden Polizeibeamten solche in der Vergangenheit liegenden Tatsachen bekannt gewesen sind (Schlagen mit Fäusten ins Gesicht und Nachlaufen mit erhobenen Schürhacken), schadet auch der Umstand nicht, dass zu Unrecht von einem weiteren tätlichen Übergriff unter der Schwelle eines gefährlichen Angriffs ausgegangen worden ist; der **Ausspruch des Betretungs- und Annäherungsverbots** ist als rechtmäßig zu qualifizieren, wenn die sonstigen berücksichtigten Tatsachen diesen Ausspruch rechtfertigen

## **IV. GERICHTSHOF DER EUROPÄISCHEN UNION**

### **A. GERICHTSHOF**

**[21.06.2022, Rs C-817/19, Lique des droits humains](#)**

Vorlage zur Vorabentscheidung – Verarbeitung personenbezogener Daten – **Fluggastdatensätze** (PNR) – Verordnung (EU) 2016/679 – Art 2 Abs 2 Buchst d – Anwendungsbereich – Richtlinie (EU) 2016/681 – Verwendung von PNR-Daten der Fluggäste von Flügen zwischen der Union und Drittstaaten – **Befugnis zur Einbeziehung von Daten** der Fluggäste von Flügen innerhalb der Union – Automatisierte Verarbeitungen dieser Daten – Speicherfrist – **Bekämpfung terroristischer Straftaten und schwerer Kriminalität** – Gültigkeit – Charta der Grundrechte der Europäischen Union – Art 7, 8 und 21 sowie Art 52 Abs 1 – Nationale Rechtsvorschriften, mit denen die Anwendung des PNR-Systems auf andere Beförderungen innerhalb der Union ausgedehnt wird – Freizügigkeit innerhalb der Union – Charta der Grundrechte – Art 45

**[22.06.2022, Rs C-267/20, Volvo und DAF Trucks](#)**

Vorlage zur Vorabentscheidung – Kartelle – Art 101 AEUV – Richtlinie 2014/104/EU – Art 10, 17 und 22 – **Schadensersatzklagen** wegen Zuwiderhandlungen gegen wettbewerbsrechtliche Bestimmungen der Europäischen Union – Verjährungsfrist – Widerlegbare Schadensvermutung – **Ermittlung des Schadensumfangs** – **Verspätete Umsetzung der Richtlinie** – Zeitliche Geltung – Materiell-rechtliche und verfahrensrechtliche Vorschriften

**[22.06.2022, Rs C-534/20, Leistriz](#)**

Vorlage zur Vorabentscheidung – Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten – Verordnung (EU) 2016/679 – Art 38 Abs 3 Satz 2 – **Datenschutzbeauftragter** – Verbot für einen Verantwortlichen oder einen Auftragsverarbeiter, einen Datenschutzbeauftragten wegen der Erfüllung seiner Aufgaben abzuberauben oder zu benachteiligen – Rechtsgrundlage – Art 16 AEUV – **Erfordernis funktioneller Unabhängigkeit** – Nationale Regelung, die die **Entlassung eines Datenschutzbeauftragten** verbietet, wenn kein schwerwiegender Grund vorliegt

**[22.06.2022, Rs C-661/20, Kommission/Slowakei \(Protection du Grand tétras\)](#)**

Vertragsverletzung eines Mitgliedstaats – Richtlinie 92/43/EWG – Art 6 Abs 2 und 3 – **Erhaltung der natürlichen Lebensräume** sowie der wildlebenden Tiere und Pflanzen – Richtlinie 2009/147/EG – Art 4 Abs 1 – Erhaltung der wildlebenden Vogelarten – **Auerhuhn** (Tetrao urogallus) – **Waldbewirtschaftungsprogramme** – Durch besondere Umstände bedingte Holzernte – Angemessene Prüfung ihrer Verträglichkeit – **Natura-2000-Gebiete** – Zur Erhaltung des Auerhuhns ausgewiesene besondere Schutzgebiete – Fehlen von Maßnahmen zur Verhinderung der Verschlechterung der Lebensräume sowie von besonderen Schutzmaßnahmen in bestimmten Gebieten

## B. SCHLUSSANTRÄGE

### [21.06.2022, verb Rs C-704/20 u C-39/21, Staatssecretaris van Justitie en Veiligheid \(Examen d'office de la rétention\) \(GA de la Tour\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts – **Inhaftnahme von Drittstaatsangehörigen** – Grundrecht auf Freiheit – Art 6 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union – Voraussetzungen für die Rechtmäßigkeit der Haft – Richtlinie 2008/115/EG – Art 15 – Richtlinie 2013/33/EU – Art 9 – Verordnung (EU) Nr 604/2013 – Art 28 – **Gerichtliche Überprüfung der Voraussetzungen** für die Inhaftnahme und die Aufrechterhaltung der Haft – Prüfung von Amts wegen durch den für die Beurteilung der Voraussetzungen für die **Rechtmäßigkeit der Haft** zuständigen Richter – Begründung der Urteile – Verfahrensautonomie der Mitgliedstaaten – Grundsätze der Äquivalenz und der Effektivität – Grundrecht auf einen wirksamen gerichtlichen Rechtsbehelf – Art 47 der Charta der Grundrechte

### [22.06.2022, Rs C-259/21, Parlament/Rat \(Mesures techniques relatives aux possibilités de pêche\) \(GA Emiliou\)](#)

Gemeinsame Fischereipolitik – **Nichtigkeitsklage** – Art 15 bis 17, 20 und 59 Abs 2 der Verordnung (EU) 2021/92 des Rates – Anwendungsbereich von Art 43 Abs 3 AEUV – Befugnisse des Rates – Vorwurf eines **Befugnismissbrauchs durch den Rat** – Verfahren für den Erlass von technischen Maßnahmen gemäß Art 10 Abs 4 und Art 15 der Verordnung (EU) 2019/1241 sowie Art 9 der Verordnung (EU) 2019/472 – Befugnisse der Kommission zur Festlegung dieser **technischen Maßnahmen in delegierten Rechtsakten** – Grundsatz der loyalen Zusammenarbeit

## C. GERICHT

### [22.06.2022, Rs T-797/19, Anglo Austrian AAB und Belegging-Maatschappij "Far-East"/EZB](#)

Wirtschafts- und Währungspolitik – Beaufsichtigung von Kreditinstituten – Der **EZB** übertragene besondere Aufsichtsaufgaben – Beschluss, mit dem einem Kreditinstitut die **Zulassung entzogen** wird – Schwerwiegender Verstoß gegen die nationalen Bestimmungen zur Umsetzung der Richtlinie 2005/60/EG – Verhältnismäßigkeit – Verstoß gegen die Rechtsvorschriften über die **Unternehmensführung und -kontrolle von Kreditinstituten** – Verteidigungsrechte – Offensichtlicher Beurteilungsfehler – Anspruch auf effektiven gerichtlichen Rechtsschutz

### [22.06.2022, Rs T-329/21, Puma/EUIPO - V Fraas \(FRAAS\)](#)

Unionsmarke – Verfallsverfahren – **Unionswortmarke FRAAS** – Ernsthafte Benutzung der Marke – Benutzung für die Waren, für die die Marke eingetragen worden ist – Art 51 Abs 1 Buchst a der Verordnung (EG) Nr 207/2009 (jetzt Art 58 Abs 1 Buchst a der Verordnung [EU] 2017/1001) – **Nachweis der ernsthaften Benutzung**

## V. EUROPÄISCHER GERICHTSHOF FÜR MENSCHENRECHTE

### **21.06.2022, Beschwerde Nr [40462/16](#), M.N. ua / Türkei**

**Keine Verletzung von Art 13 EMRK** (Recht auf einen wirksamen Rechtsbehelf) weder allein noch **iVm Art 3 EMRK** (Verbot der Folter und unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung) durch Vollstreckung der Ausweisungsanordnung; Gefahr der Ausweisung der Bf aus Türkei nach Tadschikistan aufgrund ungültiger Visa sowie Darstellung einer Gefahr für öffentliche Sicherheit, wegen Teilnahme an Korankursen, die nicht bei nat Behörden registriert gewesen sind; Bf konnten nicht nachweisen, im Falle einer Rückkehr Gefahr zu laufen, verfolgt oder einer anderen gegen Art 3 EMRK verstoßenden Behandlung unterworfen zu sein, weder aufgrund ihres politischen oder sozialen Engagements in ihrem Herkunftsland noch aufgrund der Bedingungen ihrer Festnahme in der Türkei

### **21.06.2022, Beschwerde Nr [10425/19](#), P.W. / Österreich**

**Keine Verletzung von Art 5 Abs 1 lit e EMRK** (Recht auf Freiheit und Sicherheit); Einweisung der österreichischen Staatsangehörigen (Bf) in Anstalt für psychisch kranke Straftäter als vorbeugende Maßnahme; gerechtfertigte Zwangseinweisung für etwa drei Jahre; anhaltende psychische Störung durch objektives medizinisches Gutachten festgestellt; Bf wegen Widerstands gegen Festnahme angeklagt, nachdem sie einen Polizeibeamten geschlagen hatte, weil sie ihr Taxi nicht bezahlen konnte; Geringfügigkeit einer Straftat nicht ausschlaggebend für Prüfung der Vereinbarkeit der Freiheitsentziehung einer Person mit Art 5 Abs 1 EMRK

23.06.2022, Beschwerde Nr [58359/12](#) ua, *Haščák / Slowakei*

**Verletzung von Art 8 EMRK** (Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens); 2005 und 2006 vom slowakischen Nachrichtendienst durchgeführte Überwachungsaktion und dabei erlangtes Nachrichtenmaterial; praktisch uneingeschränkte Befugnisse des Nachrichtendienstes bei Durchführung von Überwachungsmaßnahmen ohne angemessene rechtliche Garantien oder Schutz der zufällig Betroffenen; Verweis auf Rs Zoltán Varga gegen die Slowakei; Mängel in geltenden Vorschriften und Verfahren sowie fehlende externe Aufsicht über SIS-Operation als auch über Speicherung der Daten

[Newsletter ÖER Aktuell kostenlos abonnieren](#)

[Rundbrief Polizeirecht Aktuell kostenlos abonnieren](#)

## **DISCLAIMER**

**Bundesgesetzblatt:** BGBl I vollständig; im Übrigen erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

**Amtsblatt der EU:** Aufgenommen werden sämtliche „Gesetzgebungsakte“; bei den „Rechtsakten ohne Gesetzescharakter“ sowie den „Mitteilungen und Bekanntmachungen“ erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

**Verfassungsgerichtshof:** Erkenntnisse (mit Ausnahme von „Serien“) vollständig, bei den Beschlüssen erfolgt eine Auswahl nach Relevanz.\*

**Verwaltungsgerichtshof und Verwaltungsgerichte:** Auswahl nach Forschungsschwerpunkten der Institute (insb Baurecht, Energierecht, Gewerberecht, Hochschulwesen, Polizeirecht, Raumordnung, Technikrecht, Umweltrecht, Verwaltungsverfahren, Verwaltungsstrafrecht, Verwaltungsgerichtsbarkeit, Entscheidungen mit europarechtlicher Relevanz), Aktualität und Relevanz.

**Gerichtshof der EU:** Vollständige Auflistung der Urteile und Schlussanträge.\*

**Gericht der EU:** Aufgenommen werden sämtliche Urteile mit Österreich-Bezug sowie Nichtigkeitsklagen gem Art 263 AEUV.\*

**Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte:** Urteile der Großen Kammer vollständig, Urteile und Beschlüsse einer Kammer mit Österreich-Bezug vollständig, sonstige Entscheidungen nach Aktualität und Relevanz.

\* Die amtliche Auswertung (Leitsätze) des jeweiligen Gerichts wird wörtlich übernommen.

## **IMPRESSUM**

**Herausgeber/Medieninhaber:** Institut für Europarecht, Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre, Johannes Kepler Universität Linz, Altenberger Straße 69, A-4040 Linz.

**Redaktion:** Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler, Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer, Univ.-Prof. Dr. Markus Vašek (Leitung), Univ.-Ass. Mag. Katharina Arnreither, Univ.-Ass. Mag. Clara Buder, Univ.-Ass. Mag. Nicole Dannerbauer, Univ.-Ass. Mag. Daniela Emeder, Univ.-Ass. Mag. Marlene Helml, Univ.-Ass. Mag. Julia Kreuzhuber, Dr. Florian Kronschläger, Wiss.-Mit. Laura Weberndorfer.

**Hinweis:** Es wird darauf hingewiesen, dass alle Angaben im Newsletter ÖER Aktuell trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung der Herausgeber, der Redaktion oder sonstiger Personen ausgeschlossen ist.